

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die Spaltenzeile 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945  
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 41

Freitag, den 17. Februar 1922

13. Jahrgang

## Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag vor dem Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages stand die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag auf der Tagesordnung. Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau benutzte diese Gelegenheit, sich dem Hause vorzustellen, bedauerte aber, sich noch nicht ausführlich über sein Programm äußern zu können. Dafür sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Entwurf scheine ihm ein gutes Omen für die deutsche Zukunft zu sein. Er sei ein Vertrag des ausgleichenden Rechts und eine neue Stellungnahme Deutschlands zu dem Gedanken des Schiedsgerichts. Es gelte hier, den Rechtsgeboten des Schiedsgerichts zu bekräftigen, durch einen Vertrag, der eine absolute Rechtsgrundlage bildet. Raum einen Vertrag werde man finden, der zwischen Völkern zur Vermeidung von Streitigkeiten abgeschlossen sei und in so vollkommener Restlosigkeit wie der vorliegende alle höheren Differenzen voraus sehe und zu beseitigen suche. Für einen etwaigen Rechtsstreit sei ein Schiedsgericht vorgesehen. Er hoffe, daß der Gedanke und die Fassung dieses Vertrages den Beifall des Hauses finden werden und daß sich weitere Schiedsgerichtsverträge mit anderen Staaten anschließen werden. Der demokratische Abgeordnete Schilling begrüßte das Gesetz als Vorsitzender der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union. Während sich das alte Deutschland, gestützt auf die Schultern Preußens, Schiedsverträgen gegenüber stets ablehnend verhielt, sieht das neue Deutschland ein, daß die Machtpolitik zu keinem guten Ende führt. Dieser Geist beherrscht den vorliegenden Vertrag und soll gleichzeitig ein Bindemittel sein zwischen dem deutschen und dem schweizerischen Volk. Redner trat dann für die Ausbreitung dieses Gesetzes auf den deutschen Universitäten und für die Verbrennung aller Kriegsschriften ein. Der Friede von Versailles muß aufgehoben werden. Das werden wir aber nicht erreichen, indem wir unsere Jugend im Revanchegedanken erziehen, sondern in der Ueberzeugung, daß das Recht auf die Dauer über das Unrecht siegt. Genosse Braun-Franken begrüßte ebenfalls den Vertrag, der eine neue Ära der internationalen Zusammenhänge eröffne. Der Reichstag sollte ihm einstimmig zustimmen. Der deutschnationale Abg. Dr. Gehl und ein Redner der Kommunisten polemisierten gemeinsam gegen den Friedensgedanken. In der weiteren Aussprache äußerte sich ein Redner des Zentrums zustimmend und fand der Vertrag in allen drei Lesungen Annahme.

## Die Zuflucht der Erzberger-Mörder.

Unter dem Schutz der „erwachenden“ Ungarn.

Ueber den Aufenthalt der Mörder Erzbergers in Ungarn weiß der Budapestter Korrespondent des „Tageblatt“ folgendes mitzuteilen: Der Münchener Kaufmann Heinrich Schulz und der frühere Oberleutnant Heinrich Tillesen sind bereits im Oktober 1921 aus München in Budapest eingetroffen. Sie verkehrten dort in den prunkvollen Vereinslokale der beiden irregulären Organisation, des Vereins der erwachenden Ungarn, dessen militärischer Leiter der bekannte Bandenführer Oberleutnant Heijas ist, und des Landeswehrmachtvereins „Mowe“, der unter der Führung des Generalstabshauptmanns Gömböss steht. Im Dezember 1921 wurden Schulz und Tillesen durch einen Zufall erkannt. Die deutsche Gesandtschaft meldete dies sofort der ungarischen Polizei. Etwa 14 Tage lang geschah in der Sache nichts, obwohl die deutsche Gesandtschaft wiederholt um Erledigung bat. Mittlerweile hatte die deutsche Staatsanwaltschaft, die von der Sache verständig war, zwei deutsche Detektive nach Budapest geschickt. Die Nachforschungen dieser Detektive wurden von der ungarischen Polizei stark verzögert. Den deutschen Detektiven gelang es, nach Aufnahme der Nachforschungen, die Identität der Mörder Erzbergers festzustellen. Sie ermittelten, daß beide mittels Chiffrebrieven eine lebhaftes Korrespondenz führten. Es gelang auch, ihre Wohnung zu ermitteln und die Unterhaltungslokale, in denen sie sich amüsierten. Anscheinend verfügten sie über große Geldmittel. Sie kauften Kleider und Pelze für Hunderttausende. Zuletzt wohnten die beiden Mörder im Hotel „Astoria“, dem besten Hotel in Budapest. Nach dem Besuch einer gewissen Persönlichkeit verließen sie das Hotel mit ihrem gesamten umfangreichen Gepäck. Die

deutschen Detektive verfolgten ihre Spur. Als sie aber den Wunsch äußerten, sich nach einer bestimmten Stadt des westlichen Ungarn zu begeben, wurden sie daran von den ungarischen Behörden mit der Begründung verhindert, die Deutschen hätten sich seinerzeit geweigert, den Kommunisten Eronpat auszuliefern, der der Teilnahme an der Ermordung Tisas beschuldigt war. Erst nach langen Bemühungen wurde dies Verbot aufgehoben. Inzwischen waren kostbare Tage verlorengegangen, und die Deutschen dürften an dem in Frage kommenden Ort zu spät eingetroffen sein. Sie werden dieser Tage unverrichteter Sache wieder abreisen.

## Der Weiterbetrieb der Deutschen Werke.

Eine Note Rollets mit neuen Bestimmungen.

Als Antwort auf die Note der deutschen Regierung über die Frage der Deutschen Werke hat der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission General Rollet eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet. Die deutsche Regierung wird darin aufgefordert, der Kommission bis zum 15. Mai das zukünftige Fabrikationsprogramm für die Werke Erfurt, Spandau-Haselhorst und Wolfgang (Hanau) und einen Ueberblicksplan, aus dem die Nutzbarmachung der für jeden der zukünftigen Fabrikationszweige in Betracht kommenden Werkstätten und Maschinen ersichtlich ist, zu überreichen.

Die Note bestimmt weiter, daß die Fabrikationszweige, welche endgültig verboten worden sind, provisorisch weiter betrieben werden können, aber nur unter den Verhältnissen, unter denen sie sich jetzt abwickeln.

Für jedes der in Betracht kommenden Werke stellt die Note Richtlinien auf. So darf in den Werken Erfurt und Spandau-Haselhorst die Herstellung von Schusswaffen, Jagd- und Sportmunition nicht weitergeführt werden. Im Werke Wolfgang (Hanau) wird die Herstellung von Nitrozellulose verboten, die Werke dürfen jedoch die Fabrikation weiterführen. Endgültig wird genehmigt die Herstellung von Cellulose für Filmzwecke und zur Fertigung von künstlichem Leder, die Herstellung von Schmirgelpapier, die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven sowie alle der Friedensfabrikation dienenden Nebenarbeiten.

Alle ins einzelne gehenden Anordnungen über die Durchführung der vorerwähnten Maßnahmen werden seitens der Distriktskommissionen der interalliierten Militärkontrollkommissionen gegeben. Die Kontrolle der Distriktskommissionen über Verkauf oder Neubeschaffung von Maschinen bleibt aufrecht erhalten. Die von der deutschen Regierung beantragte Fristverlängerung für die Zerstörung von Maschinen der Werke Spandau-Haselhorst ist der Termin auf den 7. März verschoben worden.

## Die italienische Regierungskrise.

In der Kammer erklärte Ministerpräsident Bonomi: Angesichts der Tatsache, daß eine der Majoritätsparteien zur Opposition übergegangen sei, habe das Kabinett es für seine Pflicht gehalten, zurückzutreten. Es stellte sich heute der Kammer wieder vor, um ein klares und unzweideutiges Urteil zu hören. Bonomi gab einen Rückblick auf die innerpolitische Tätigkeit des Kabinetts. Nach einem Rückblick auf die von Italien in Paris in der obersteilischen Frage, in Washington in der Frage der Entwaffnung und bei den Beratungen über einen Zahlungsaufschub für Deutschland entfaltete Tätigkeit legte Bonomi die Erwägungen dar, aus denen heraus man in China zu dem Gedanken einer Konferenz von Genua gekommen ist. Er fügte hinzu, daß Italien in Cannes neben Großbritannien gestanden habe, um die Einberufung einer Konferenz zu itügen, auf der Besiegte, Sieger und Neutrale zusammengetroffen und unter gewissen Bedingungen kapitalistische und Sowjetwirtschaft einander begegnen sollen. Da Italien erreicht habe, daß diese Konferenz in Genua zusammentritt, habe es Europa gegenüber eine Verpflichtung übernommen. Italien werde zum bestimmten Tage, der bisher noch nicht geändert sei, bereit sein. Zum Schluß erklärte Bonomi, das Parlament habe über die Tätigkeit der Regierung das Urteil zu sprechen. Wir wünschen, so fuhr er wörtlich fort, ein offenes, loyales und aufrichtiges Urteil. Sollte es zweideutig oder unbestimmt sein, so würde es nicht nur das Leben des Kabinetts, sondern auch die höchsten Interessen Italiens treffen.

## Auflösung des ungarischen Parlamentes.

Ein Wahlrechtsdiktat der Regierung.

Budapest, 16. Februar (Zitel). Heute um 9 Uhr vormittags tritt die Nationalversammlung zum letzten Male vor ihrer Auflösung zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Wahlreform, die auch gestern bis spät in die Abendstunden hinein die Nationalversammlung beschäftigte, ohne daß es zu einer Verabschiedung der Regierungsvorlage kam. Spät abends machte der Abgeordnete Karl Huszar noch einen letzten Versuch, die Erledigung der Wahlreform auf verfassungsmäßigem Wege durchzusetzen. Er beantragte ein Kompromiß, nach dem das Wahlrecht an die Kenntnis des Lesens und Schreibens geknüpft und die Gehaltsbestimmung im ganzen Lande eingeführt werden sollte. Der Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, daß er nicht selbständig eine Entscheidung über diesen Vorschlag fällen könnte. Er begab sich hierauf zu dem Reichsverweser Horthy und teilte nach seiner Rückkehr dem Parlament mit, daß die Regierung nicht in der Lage sei, dem von Huszar vorgeschlagenen Kompromiß zuzustimmen. Der Abgeordnete Huszar erklärte dazu im Namen der Christlich-Nationalen Partei, die Annahme der Regierungsvorlage mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Es steht danach ziemlich fest, daß auch die heutige Sitzung der Nationalversammlung ergebnislos bleiben und die Regierung nach erfolgter Auflösung des Parlamentes ihre Wahlreform dem Lande aufzutragen wird.

Budapest, 16. Febr. Die Nationalversammlung setzte heute die Debatte über die Wahlrechtsvorlage fort. Um 8.30 Uhr abends erklärte der Präsident die Beratung für unterbrochen und Ministerpräsident Graf Bethlen überreichte ein Handschreiben des Reichsverwesers Horthy, in dem dieser der Nationalversammlung den Ablauf ihres zweijährigen Mandats feststellt und ihre Tätigkeit für beendet erklärt.

## Um die englisch-irische Verständigung.

London, 16. Dez. Im Unterhause wurde heute über den englisch-irischen Vertrag verhandelt. Churchill erklärte, der Vertrag müsse einer Abstimmung des irischen Volkes unterbreitet werden. Das irische Volk habe eine Republik errichtet, die Großbritannien niemals anerkennen werde. Wenn das irische Volk den Vertrag ablehnen würde, so würden beide Teile von ihren Verpflichtungen befreit sein. Churchill sprach die Hoffnung aus, daß der Gesetzesentwurf vor Ende des nächsten Monats angenommen sein werde. Dann würden in Irland im März oder April Wahlen abgehalten werden. Hierauf könnte das Parlament des irischen Freistaats zusammenzutreten und im Mai oder Juni über die Verfassung Beschlüsse fassen. Hierauf werde das britische Parlament im Juni oder Juli die Gesetze zu genehmigen haben, die von dem irischen Freistaat angenommen worden seien.

London, 16. Febr. (W.F.B.) Ein Bataillon britischer Truppen ist in Belfast eingetroffen. Weitere Truppen treffen aus Südrland in Ulster ein und werden an der Grenze verteilt worden. Die Verluste bei den Zusammenstößen in Belfast seit Sonnabend betragen den Blättern zufolge 33 Tote und etwa 100 Verwundete. Gestern wurde die Lage in der Stadt so bedrohlich, daß die Truppen in einer Straße zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit den Bajonetten gegen die Menge vorgingen.

## Neue Gütertarif-Erhöhung bei der Reichsbahn.

Die Ausgleichung des Staats.

Zur Ausgleichung der Ausgabensteigerung der Reichsbahn, die auf insgesamt sechs Milliarden zu berechnen ist, erhöht die Reichsbahn die Güter-, Tier- und Expressgutarife, die bereits zum 1. Februar eine Steigerung erfahren haben, zum März d. Js. wiederum um 20 Prozent. Die Arbeit der Reichsbahn, die auf eine Belagerung des Haushalts auch durch Verringerung der Ausgaben hinausläuft, sind in vollem Gange. Im Haushalt für 1922 sind beispielsweise bereits über 50 000 Köpfe weniger vorhanden als zurzeit vorhanden sind. Auch Ersparnisse an Material sind schon für die nächste Zeit sichergestellt.

Die Bank von England hat den Diskont von 5 auf 4½ Prozent herabgesetzt.

# Der Weltgerichtshof.

Am 15. Februar 1922 ist im Haag der neue Weltgerichtshof (Leidener Hof) eröffnet. Für den Bereich der Streitigkeiten zwischen den Staaten ist das ein bedeutendes Ereignis. Schon im Jahre 1899 wurde im Haag ein ständiger Schiedshof errichtet, der heute noch besteht und an dem auch Deutschland beteiligt ist, das, da es dem Völkerbund nicht angehört, von dem Weltgerichtshof ausgeschlossen ist. Aber der Name dieses Tribunals ist irreführend. Es besteht in Wirklichkeit nur aus einer Liste, für die von den zugehörigen Staaten je vier Persönlichkeiten ernannt werden, aus denen die streitenden Parteien dann ihre Mitglieder wählen. Der Gerichtshof besteht aus 15 Mitgliedern, das heißt 11 Richtern und 4 Ersatzmitgliedern, von denen wenigstens der Präsident seinen Sitz im Haag als dem Sitz des Gerichtshofes wirklich nimmt. Aber auch die übrigen Richter versammeln sich mindestens einmal im Jahre am 15. Juni in einer regelmäßigen Tagung.

Als man 1907 schon im Haag den Weltgerichtshof aufrichten wollte, obgleich der obligatorische Schiedsvertrag gescheitert war, wurde nicht unzureichend dieses Tribunal als ein „Mädchen ohne Braut“ bezeichnet. Leider paßt diese Bezeichnung in der Hauptsache auch noch auf den nunmehr existierenden Weltgerichtshof, denn nach Artikel 14 der Bundesverfassung ist seine Zuständigkeit grundsätzlich davon abhängig, daß beide Parteien ihm eine internationale Streitfrage unterbreiten. Es genügt also nicht, daß die eine Partei als Kläger auftritt, und es fehlt jeder Einlassungszwang für den Gegner, der bei innerstaatlichen Gerichtshöfen als etwas Selbstverständliches erscheint, abgesehen natürlich von solchen Fällen, in denen durch Spezialverträge zwischen den Parteien die obligatorische Zuständigkeit des Tribunals vereinbart ist. Indessen können die Mitglieder des Völkerbundes jederzeit erklären, daß sie in gewissen Arten von Streitigkeiten rechtlicher Natur den Weltgerichtshof als obligatorisch anerkennen werden, und zwar können sie diese Erklärung unbeschränkt oder auch unter Vorbehalt einer entsprechenden Verpflichtung der Gegenpartei abgeben. Damit ist der Entwicklung zum wirklichen Obligatorium der Weg geöffnet. Achtzehn Staaten haben eine solche Verpflichtung schon unterschrieben und neun von ihnen sie ratifiziert. Bezeichnenderweise sind das alles Kleinstaaten, während sich die großen Staaten viel zu sehr als „Mächte“ betrachten, um in dieser Entwicklung voranzugehen oder auch nur zu folgen. Immerhin, ein Anfang ist durch diesen Weltgerichtshof gemacht worden.

## Kommunistischer Streit um Genua.

Innerhalb der maßgebenden Sowjetkreise besteht ein Gegensatz in bezug auf die Stellungnahme zur Konferenz von Genua. Einer der Hauptführer der radikalen kommunistischen Opposition, Parin, ist in Petersburg eingetroffen, um einen Zusammenschluß der oppositionellen Elemente der Partei zu betreiben. Allerdings sind diejenigen Elemente, die eine Beteiligung Russlands ablehnen und die Konferenz als Müßiggang bezeichnen, in der Minderheit. Diese Gruppe, der auch Sinowjew angehört, vertritt den Standpunkt, daß die Sowjetregierung nötigenfalls unverzüglich bleiben müsse, und wirbt in der Presse für den Gedanken, die Genueser Konferenz zu einer Propagandatriebüne des Weltkommunismus zu machen. Die Vorbereitungen zur Konferenz von Genua liegen indessen in den Händen der praktisch-wirtschaftlich orientierten Kommunisten.

## Die Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie.

Ungeachtet der fortgesetzten Verfolgungen, die sich gegen die Sozialdemokratie richten, hat das Peters-

burger Parteibüro im Oktober und November drei Flugblätter verbreitet, die den Kampfplan zum Petersburger Sowjet und den Forderungen der russischen Revolution gewidmet sind. In dem ersten Flugblatt werden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Aufhebung des Terrors und der ohne Gericht vorgenommenen Unterdrückungen und Erschießungen; Befreiung der politischen Gefangenen; Befreiung der außerordentlichen Kommissionen.
2. Freiheit der Person, der Rede, der Presse und der Versammlungen.
3. Souveräne Mäkte der Arbeiter- und Bauernabgeordneten, als Weg zur wirklichen politischen und wirtschaftlichen Verständigung mit der Bauernschaft.
4. Freie gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen.
5. Einführung eines Arbeitslohnes, der dem Arbeiter und seiner Familie ein Minimum an Existenzmitteln sicherstellt.

Aehnliche Forderungen wurden in dem zweiten Flugblatt formuliert, das der angebliche „Sieg“ der Kommunisten bei den Petersburger Sowjetwahlen schilderte. In dem dritten Flugblatt wird das Fazit der vierjährigen Herrschaft der Bolschewisten gezogen und die Arbeiterchaft aufgefordert, „den energischsten Kampf gegen diese bankrotte Partei zu führen, um freie Arbeiterorganisationen, die politische Freiheit und die demokratische Staatsordnung zu erobern.“

## Der internationale Arbeitsmarkt.

Die Wirkung der noch immer fortdauernden Weltwirtschaftskrise äußert sich mit ganz besonderer Schärfe am Arbeitsmarkt der hochvalutarischen Länder. Am stärksten ist Großbritannien betroffen. Nach den Feststellungen der englischen Statistik waren Ende Dezember vorigen Jahres nahezu 2 Millionen Arbeitslose vorhanden gegen rund 700 000 Ende Dezember 1920. Hierbei sind noch nicht berücksichtigt die Kurzarbeiter, bei denen vielfach der Grad der Arbeitsverfälschung so stark ist, daß sie auf Grund der gesetzlichen Bestimmung berechtigt sind, Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung zu beantragen. Ende Dezember 1921 wurden 318 000 derartige Kurzarbeiter gezählt, die Unterstützung empfangen. Angesichts einer solchen ungünstigen Arbeitsmarktlage erscheint es nicht weiter verwunderlich, daß der Lohnabbau in England im letzten Jahre beträchtliche Fortschritte gemacht hat. In Belgien ist gegen Jahreschluß eine leichte Besserung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Immerhin kamen Ende Oktober auf 100 organisierte Arbeiter noch 13,8 Erwerbslose, gegen 32,8 im Mai, dem ungünstigsten Monat des vorigen Jahres. Sehr ungünstig ist die Lage des Arbeitsmarktes in Holland. Hier ist nach Zeitungsmeldungen die Zahl der Arbeitslosen von etwa 30 000 im November auf rund 60 000 am Jahreschluß gestiegen. Auch in Dänemark hat sich die Situation wesentlich verschlechtert. In der ersten Januarwoche 1922 wurden 82 825 Erwerbslose gezählt, gegen 62 000 Anfang November 1921 und 16 000 im November 1920. Nach der Statistik der Fachverbände entfielen Ende Dezember 1921 auf 100 Mitglieder 25,2 Arbeitslose. In Schweden ergab sich Ende November 1921 sogar ein Prozentfuß von 28,8 Prozent an Arbeitslosen. In Norwegen ist die Lage nur wenig günstiger. In der Schweiz wurden Ende Dezember 88 967 Arbeitslose gezählt gegen 21 000 im entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres. In Italien stieg die Zahl der Erwerbslosen von 470 542 am 1. September auf 512 260 am 1. Dezember. Für die Vereinigten Staaten fehlt eine genaue Arbeitsmarktstatistik. Nach übereinstimmenden Meldungen soll aber um die Jahreswende dort eine weitere Verschlechterung eingetreten sein. Man schätzt die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der

Welt auf 6 Millionen. Dagegen erscheinen die deutschen Zahlen noch als verhältnismäßig günstig. An 308 deutschen Plätzen, für die vergleichbare Statistiken vorliegen, betrug die Gesamtzahl der von Erwerbslosen am 21. Januar dieses Jahres 124 447 gegen 126 123 in der vorangegangenen Woche. Von diesen Arbeitslosen entfielen allein auf Groß-Berlin 57 000. Verhältnismäßig gering ist die Arbeitslosigkeit im westdeutschen und sächsischen Industriegebiet.

## Die Amsterdamer Delegation in Moskau.

Vollkommene Fernhaltung von der Arbeiterchaft.

Aus Moskau wird uns geschrieben: Dieser Tage traf hier mit einem bedeutenden Lebensmitteltransport für die Hungernden eine Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ein, die aus Vertretern der englischen, belgischen, deutschen und lettischen Gewerkschaften besteht. Die Bolschewisten verheimlichen das Eintreffen der Delegation vor den russischen Arbeitern; in der Sowjetpresse wird ihre Ankunft mit keinem Worte erwähnt. Gemäß der Vereinbarung, die die Sowjetregierung vor zwei Monaten mit O'Grady abgeschlossen hat, ist der Delegation für ihre Hilfsstätigkeit das Tschuwassengebiet zugewiesen worden. Mit vollem Bewußtsein ist gerade ein Gebiet gewählt worden, wo es keine Industrie gibt, damit die Amsterdamer Gewerkschaftsdelegation nicht in Berührung mit der russischen Arbeiterchaft kommen soll. Der Gewerkschaftsdelegation sind weit weniger Rechte eingeräumt worden, als der von den Regierungen und den kapitalistischen Kreisen geschaffenen Hilfsorganisation „Ara“.

Die Ankunft der Amsterdamer Delegation ist nur dadurch registriert worden, daß Sosowsk den der Noten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationsden den Befehl erteilte, von nun ab die Organisationen, die zur Amsterdamer Internationale gehören, nicht als „gelbe“ zu bezeichnen.

Die nichtkommunistischen ausländischen Gäste werden sehr kühl behandelt; es wird ihnen nichts gezeigt. Als die deutschen Genossen beim Vorstand des Metallarbeiterverbandes erschienen und den Wunsch äußerten, daß ihnen irgendein Betrieb gezeigt würde, entstand eine wahre Panik. Man läutete bei Melnikschanski und dann bei Sosowsk an, um entsprechende Befehle zu erhalten. Sosowsk sträubte sich lange dagegen, daß der Wunsch der deutschen Gewerkschaften befriedigt werde, und nur auf das energische Drängen der letzteren wurde schließlich die Genehmigung erteilt, daß ihnen einer der Moskauer Fabrikbetriebe gezeigt würde.

Der nächste internationale Rechtskongreß findet im August in Buenos Aires statt. Auf dem Programm der Konferenz stehen die Fragen des Völkerbundes, der internationalen Gerichtsbarkeit, des Seerechtes, des Versicherungsrechtes, der Haftung für Unruhrschäden usw. Als deutsche Referenten wurden die beiden Vorstandsmitglieder der Deutschen Vereinigung für internationales Recht, Reichsminister a. D. Walter Simons und Prof. Dr. Alfred Manes gewählt.

Zur Flucht des Oberleutnants Dittmar ist in der Antwort des Justizministers auf eine kleine Anfrage im preussischen Landtage festgestellt, daß bisher keine Anhaltspunkte für ein Verstoßen eines Strafanwaltsbeamten vorliegen. Ein bestimmteres Urteil läßt sich erst nach Abschluß der eingeleiteten Ermittlungsverfahren geben. Die Kriminalpolizei verfolgt mit besonderer Eile alle Spuren. Sie hat auch Vorkehrungen gegen ein Entkommen Dittmars ins Ausland getroffen.

Neue Fasziisten-Überfälle. Nach Meldungen aus Fiume kam es dort gestern zu neuen Unruhen. Gegen 4 Uhr nachmittags überfielen Fasziisten das Polizeiamt. Es entwickelte sich ein blutiger Kampf, in dem es auf beiden Seiten mehrere Tote und Verwundete gab. Die Bevölkerung befindet sich in großer Unruhe. Viele Familien wollen flüchten, die Fasziisten haben jedoch die Ausgänge der Stadt mit Patrouillen besetzt.

## Der Schnapsteufel.

Der Schnaps regiert die Welt, der Schnaps, von dem gewöhnlichen Fusel angefangen, bis zum teuersten „Pifor“. Die Not steigt höher und höher, kein Mensch weiß, wo das noch enden soll, ob uns, dem besiegten Volke, am Ende gar noch Hände beschieden sein werden, wie sie jetzt in Rußland herrschen, wo, wie gemeldet wird, aus bitterer Not Eltern ihre Kinder — verzehren —, dem Schnapstodum tut das keinen Abbruch; im Gegenteil: er ist in der Zunahme begriffen. In Berlin zum Beispiel hat nach vorliegenden Meldungen die Zahl der „Pifortrinken“ eine starke Vermehrung erfahren. Die neue Trinken sind wie Pilze nach einem warmen Gewitterregen über Nacht entstanden, um der Nachfrage nach „Pifor“ zu genügen. Kann da noch ernsthaft von einem kühnbaren Wohnungsmangel die Rede sein, wenn innerhalb kurzer Zeit so viele neue, dem Schnapsteufel geweihte, Räume ihre Auferstehung feiern?

Da lösen die guten Leuten mit Schaudern, daß in dem Reichsbabel ein notorischer Trinker Frau und Tochter in der heuchelhaften Weise mißhandelt, daß er einen Teil des Verdienstes der Tochter in die den Grills für verpfändete Hausbaltungsgegenstände durch die immer trockene Kehle gelagt und durch dies sein ruckeltes Treiben die Tochter dermaßen zur Verzweiflung getrieben, daß sie zur Vatermörderin geworden —; dem Schnapsteufel tut das keinen Abbruch.

In Hannover durchschneidet ein dem Schnapsteufel verfallener Mann seiner langjährigen Lebensgefährtin die Kehle; ein erblich Belasteter ermüdet ein Mädchen, zerstückelt den Leichnam und wirft ihn ins Wasser —: Schnäpfe aber werden heute mehr denn je getrunken. Ja, die Frauen sind sogar von dieser Volkssehne angezogen, obgleich doch gerade sie wissen könnten, welches Unglück für die Familie der Schnapsgenuß zur Folge haben kann. Bereits werden Frauen totend auf der Straße angetroffen. Man — lacht darüber, und es wird weiter „geknäpft“.

Aus Rom meldet das „Berliner Tageblatt“ ferner, daß das anlässlich der Papstwahl versammelte Kardinalskollegium

täglich „Pifor“ vorgekostet bekommt. „Das läßt tief blicken.“

Was ist ein „Pifor“ anderes als ein „besseres Schnaps“? — In welchem Maße einzelne Menschen dem Schnaps frönen, dafür ein Beispiel: Ein Arbeiter geht unlängst nach vollbrachter Arbeit, anstatt nach Hause, mit einem jüngeren Kollegen in die Kneipe. Ein Schnaps nach dem anderen verschwindet in der durstigen Kehle, während vielleicht dabeim die Familie darbt. Gegen 7 Uhr abends bestiegen sie mit unglücklich gewordenen Fahrkarten die Straßenbahn. Vom Schaffner ertrappt, müssen sie, da sie nicht nachzahlen wollen, nach kurzer Fahrt wieder aussteigen. Der Ältere, ob dieses Ungemachs erbost, beschimpft den Straßenbahner. Dieser erstattet Anzeige. Vor Gericht äußerte der Angeklagte, gutmütig lächelnd, der Wirt bei dem er an dem fraglichen Tage gesessen hätte, unter Eid bezeugen, daß er, der Angeklagte, an dem fraglichen Abend, genau gezählt, fünfzehn Schnäpfe getrunken habe. Daß er sich der Beleidigung schuldig gemacht, wisse er nicht. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte als Sühne für die Beleidigung 100 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger plädierte unter Hinweis auf den „Arbeiter“ für eine geringere Strafe. Das Gericht erkannte dem Antrage gemäß. Wer, so hieß es unter anderem in der mündlichen Begründung, fünfzehn Schnäpfe sich leisten, könne auch 100 Mark Strafe bezahlen. Der Verurteilte machte ein recht ernstes Gesicht, erklärte aber doch, bei dem Urteil sich beruhigen zu wollen.

Ein unveröffentlichter Roman Dostojewskis. Auf der im Moskauer Historischen Museum veranstalteten Dostojewskis-Ausstellung ist eine Reihe unveröffentlichter, in Petersburger Archiven und in Georgien aufgefundenen Handschriften Dostojewskis ausgestellt. Unter diesen Manuskripten befindet sich in unvollendeter Form ein Roman, der nach dem Urteil Fachverständigen den berühmtesten Werken des Meisters mindestens ebenbürtig ist.

12 000 Jahre alte Da-Mette. In einem Felde bei der englischen Stadt Peterboro, g wurden kürzlich die Skelette

von zwei riesigen Walen gefunden, da die Fundstelle 30 Kilometer vom Meere entfernt liegt, so rechtfertigt sich die Annahme, daß es sich um Skelette von Walen handelt, die vor mindestens 12 000 Jahren hier gelebt haben. Sie befanden sich in vorzüglichem Zustand. Die Wale gehörten der unter dem Namen „Dra gladiator“ bekannten Familie der Delpnine an, die noch heute durch die in den Polar-meeren lebenden Schwertwale vertreten wird. Aber auch diese sind bereits recht selten geworden. Vor einigen Jahren wurde in der Nachbarschaft der Stelle, an der jetzt die Walfskelette gefunden worden sind, ein prähistorischer Kahn entdeckt, woraus man vermuten mag, daß vor 12 000 Jahren die Menschen des Stein- und Bronzealters hier der Jagd auf die großen Säugetiere der See oblagen.

Holland ohne Windmühlen. Die Windmühlen scheinen ein so unentbehrlicher Bestandteil der holländischen Landschaft, daß man sich diese ohne den malerischen Reiz der melancholischen Mühlenflügel gar nicht recht vorstellen kann. Und doch wird man in Zukunft darauf verzichten müssen, denn die Windmühlen sind auf den Aussterbetod gesetzt. Die Müller haben seit Einführung des Nachtstundenlages nicht mehr Muße, zu warten, bis ein günstiger Wind die Flügel der Mühle in Bewegung setzt. Sie müssen einen Umbau der Mühlen vornehmen und Petroleummotore einbauen, die ungleich zuverlässiger als der Wind sind und das Werk auch schneller treiben.

Flüge über die Alpen. Ein Flug über die Alpen in einer Höhe von 9600 Metern ist von dem italienischen Flieger Zanetti ausgeführt worden. Er flog 400 Kilometer vom Lago Maggiore in Italien nach Antibes an der Riviera. Der Flieger hatte einen fürchterlichen Sturm zu überstehen. Ein anderer italienischer Flieger, der vom Lago Maggiore aus zum Flug über die Alpen aufstieg, wurde nach glücklicher Vollaufung in der Nähe von Antibes heruntergeschleudert und von einem Motorboot aufgenommen. Das Flugzeug, das ins Meer fiel, war schwer beschädigt.

## Um den wirksamen Schutz der Bauarbeiter.

### Die Milchlieferung an die Kinder der Erwerbslosen. — Die Auflösung der Gutsbezirke.

#### Vollziehung des Volkstages

am Donnerstag, den 16. Februar 1922.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde in der Abstimmung über die Lieferung von Milch an die Kinder der Erwerbslosen fortgefahren. Der Antrag Schmidt auf Lieferung bis zum 6. Lebensjahre wurde in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 21 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt. Das gesamte Gesetz wurde alsdann unverändert angenommen.

Es lag alsdann eine Entschließung des Sozialen Ausschusses vor, nach der die Erwerbslosenunterstützung für Bauarbeiter ab 1. Dezember nachzahlen ist.

Der Zentrumsabg. Schulz brachte einen Verschlechterungsantrag ein, wonach die Nachzahlung nur vom 1. Januar erfolgen soll. Dieser Antrag wurde auch von dem Bürgerblock mit 48 gegen 80 Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen, worauf Abg. Schmidt die Entschließung, als wertlos geworden, zurückzog.

Der Gesetzentwurf betr. die Errichtung einer Bauwirtschaftskammer wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Die Vorlage über die Bildung eines Stadtkreislichen Zoppsot wurde dem Gemeindevorstand überwiesen. Der Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung der Dienstverhältnisse der Justizsekretäre ging an den Reichsausschuss.

Es lag dann folgender Antrag des Siedlungsausschusses zur Beratung vor:

Der Volkstag wolle beschließen: den Antrag des Abgeordneten Henke auf Abänderung der Verordnung vom 28. September 1920 betr. Förderung des Neubaus von Gebäuden ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, und die große Anfrage des Abgeordneten Brill über Behebung der Wohnungsnot durch das Gesetz über Abgaben zum Wohnungsbau vom 15. Juli 1921 als erledigt anzusehen. Das Haus beschloß antragsgemäß.

#### Blinder Eifer schadet nur!

Auf der Tagesordnung stand ein Antrag des Senats auf Strafverfolgung eines Abgeordneten. Der deutsch-nationale Abg. Dr. Wendt glaubte, daß es sich um den Abg. Gebauer handelte, der bekanntlich die Richter des Freistaats beleidigt haben soll. Dr. Wendt sprach von einer schweren Beleidigung des Richterstandes. Die weiteren Worte gingen in dem andauernden Lärm unter. Schließlich erbarmte sich einer des Redners und machte ihn unter allgemeiner Beifall seinen Irrtum aufmerksam. Dr. Wendt und seine Parteifreunde konnten sich nur langsam von ihrer Verbüffung erholen.

Der sozialdemokratische Antrag auf

Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen

war vom Sozialen Ausschuss abgelehnt worden. Der Ausschuss empfahl dem Volkstag, diesem Beschluß beizutreten.

#### Abg. Gen. Brill:

Der Soziale Ausschuss beantragt, den sozialdemokratischen Antrag auf besseren Schutz der Bauarbeiter abzulehnen. Der Ausschuss ist über den Antrag mit einer solchen Leichtfertigkeit hinweggegangen, daß man daraus den Schluß ziehen muß, daß es den bürgerlichen Parteien nicht daran gelegen hat, für einen besseren Schutz der Bauarbeiter einzutreten.

## Ich bin das Schwert!

Roman von

Annemarie von Nathusius.

(40.) (Fortsetzung.)

Ich habe von jener schrecklichen Fahrt ein Nervenzucken behalten, trotz meiner Jugend mischte sich in meine langen Böhne das erste Grau und nie mehr konnte ich von da an im Dunklen schlafen oder durch ein dunkles Zimmer gehen.

Ich durfte niemand sehen, aber um so lieber redeten die Blumen zu mir, die täglich frisch mein Zimmer füllten. Da waren die rosa Nelken von Türmer und die glutroten Rosen von Sangerheim. Ihr Wesen und Dufte erzählte mir von dem Sommer, der draußen zerrann. Mein Arzt und Herrle hielten während zwei Wochen alle Besuche von mir fern. So matt war ich, so sehnlich nach Ruhe, daß ich nicht einmal das kuppelnde von Sangerheims Nähe empfand. Ich forschte zwischen den Zeilen seiner kurzen, ungeduldrigen Briefe.

War er fähig, alles fortzuwerfen für ein Gefühl? War er der, den ich suchte? Der, für den es keine Schranken gab in der Freundschaft und der Liebe? Ach, welche Angst beherrschte da wieder meine Seele. Marie Luffens Worte, Hans Wandlitz' hässliche Bemerkungen saßen mir wie Gift in Stirn und Herzen. „Bist du der, den ich suche?“ hätte ich schreien mögen, „aber haben die anderen recht? Bist du das rote, ewig glühende Licht meiner Tage? Der Held meines Herzens? Die Krone meines Lebens?“

Aber solange ich bettlägerig war, zögerte ich das Wiedersehen hinaus. Trotz aller Sehnsucht beherrschte mich eine Angst vor der Aussprache, vor allem, was kommen mußte. Was erhoffte ich mir denn? Eine gesetzliche Form unseres Bundes? Noch vor Wochen hätte ich gelacht, wenn er oder ein anderer auf eine legitime Verbindung zwischen uns hingewiesen, diese in ernstem Vorschlag gebracht hätte. So wenig galt sie mir noch, diese Form, hinter der sich die Anerkennung unserer Rechte, unserer Verpflichtung verhielt, die ich hatte, wie arme Sklaven eine Fessel hassen müssen, die sie sich endlich von den blutenden Gelenken rissen. So

Es ist eine

#### unerklärliche Notwendigkeit,

daß Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt werden. Die Unternehmer lehnen eine solche Einrichtung selbstverständlich ab, und es gibt Leute, daß ich bei den Beratungen des Sozialen Ausschusses auch zu bemerken, die glauben, wenn den Bauarbeitern dieser Schutz gewährt wird, dann liefern sie die Unternehmer an die Arbeiter aus. Dieser Unfuss ist schon oft widerlegt worden.

Die Unternehmer klagen weiter über die hohen Kosten der Unfallversicherung. Die Beiträge zu dieser Versicherung sind doch verdienter, dem Arbeiter vorzuziehen. Denn nur dadurch, daß der Arbeiter vornehmlich ist der Unternehmer in der Lage, selbst leben zu können und auch die Beiträge zu bezahlen. Der Gesetzgeber wollte aber, daß die Arbeiter geschützt werden. Das hat er deutlich im § 130 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes zum Ausdruck gebracht. In welcher Weise die Gerichte und Staatsanwälte diesen Schutz durchzuführen wollen, brauche ich hier wohl nicht zu erörtern.

#### Wie kontrolliert wurde!

Der Soziale Ausschuss hat unsern Antrag abgelehnt, weil die Unternehmer erklärt haben, die Unfallversicherungsbedingungen in guter Hand. Die Berufsgenossenschaft hat erklärt, die Bewachung ist ausreichend. Ueber ihren Jahresbericht gibt die Berufsgenossenschaft an, daß sie im Jahre 1921 354 Betriebe und 84 Eigenbaubetriebe, 58 Schneidemühlen und andere Maschinenbetriebe revidiert habe. In Wirklichkeit wird die Baustelle fast gar nicht revidiert und ich stelle fest, daß im vergangenen Jahre die Berufsgenossenschaft die Bauten in Danzig nur einmal kontrolliert hat und daß die Bauten auf dem Lande überhaupt nicht kontrolliert worden sind. Revidiert wird so, daß der Aufsichtsbote der Berufsgenossenschaft den Hauptteil des Betriebes revidiert, dort aus den Lohnbüchern feststellt, wieviel Arbeiter in dem Betriebe beschäftigt werden, und damit ist seine Tätigkeit beendet. Die Berufsgenossenschaft ist die Interessenvertretung der Unternehmer. Beim Bauarbeiterstand kann man die Mitwirkung der Bauarbeiter nicht einfach ausschalten. Darum fordern wir unter allen Umständen die Einstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen.

#### Die Stellung der bürgerlichen Parteien.

Ueber unseren Antrag scheint noch vielfach Unklarheit zu herrschen. In dem Antrage heißt es, daß der Baukontrolleur das Maurer- oder Zimmerhandwerk erlernt und praktisch mindestens 5 Jahre lang ausgebildet haben muß. Dann soll er probeweise auf 6 Monate angestellt werden. Von der Deutsch-nationalen Partei, die in ihrem Wesen und ihrer Tendenz nach von jeder die Partei der Arbeiterausbeutung und Arbeiterunterdrückung gewesen ist, habe ich von vornherein nicht erwartet, daß sie unsern Antrage zustimmt. Gewundert habe ich mich, daß die Deutsche Partei hat vor einigen Tagen Nichtsinnliches herausgegeben, in denen es heißt: Die Deutsche Partei verlangt Schutz jeder ehrlichen Arbeit, die soziale Fürsorge ist auf allen Gebieten auszubauen.

Hier war ein Weg, die soziale Fürsorge auszubauen.

Ich will die Mitglieder der Deutschen Partei, die ja hervorgegangen ist aus der freisinnigen Volkspartei, daran

tief war meine Verachtung der Gesellschaft und ihrer Gesetze, daß ich mir nicht genug tun konnte an leidenschaftlichem Protest, daß ich nur einen Fußtritt hatte für alles, was ich lobenswert und gut erschien, für alles, was sie an Einrichtungen geschaffen hatte.

Für die Gut meiner Seele, für das Brennen meines Herzens, für das Fauchen der Liebe, die Fanfare der Lust, für alles, was stark und gut in mir war, wollte ich mir die Erlaubnis nicht holen bei Anzeichen der Lüge und Feigheit, der Heuchelei und Gewohnheit.

Auch konnte ich mich freisprechen von der Eitelkeit, eine geschlossene Krone über meinem Namen setzen zu wollen.

Was war es denn, das mich plötzlich so ängstlich werden ließ und die Sehnsucht nach dem Liebsten fast erstickte?

Ich wollte erleben, was Nora erleben wollte. Mühte wenn sie bleiben konnte. Ja, er mußte das Wunder vollbringen, mich hoch auf seinen Schild heben, der ganzen Welt zugewandt: „Wagt es, einen Stein aufzuheben wider sie!“

Dann, kann wollte ich ihn vor dem Tore erwarten und die Sandalen von meinen Füßen ziehen.

In diesen Tagen des schmerzlichen stillen Alleinseins las ich „Die Morgenröte“. Ein aufwühlendes, im Sinne der Moralisten böses Buch! Ein „Ja“ sagen, Vertrauenshaben zu allem, was bis jetzt als „böse“ galt.

Wie der Pflug ging es über den Acker meines Herzens:

„Es ist bisher am schlechtesten über Gut und Böse nachgedacht worden, es war dies immer eine zu gefährliche Sache. Das Gewissen, der gute Ruf, die Ehre, unter Umständen selbst die Pflanzzeit erlaubten und erlaubten keine Unbefangenheit; in Gegenwart der Moral soll eben, wie angesichts jeder Autorität, nicht gedacht, noch weniger geredet werden: hier wird — gehorcht! So lang die Welt steht, war noch keine Autorität willens, sich zum Gegenstande der Kritik nehmen zu lassen; und gar die Moral kritizieren, die Moral als Problem, als problematisch nehmen: Wie? Was das nicht — ist das nicht — unmoralisch? Aber die Moral gebietet nicht nur über jede Art von Schreckmitteln, um sich kritische Hände und Folterwerkzeuge vom Leibe zu halten: ihre Sicherheit liegt noch mehr in einer gewissen Kunst der Bezauberung, auf die sie sich versteht, — sie weiß zu „begeistern“.

Ja, das erfuhr ich auch an mir! Wie unerbittlich muß man an allem rütteln, wie verzweifelt und abgründlich tief

erinnern, daß in früheren Jahren die freisinnigen Abgeordneten die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren gefordert haben. Hingru kommt noch, daß in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium auch die Kirch-Dunderschen Arbeiter eine ähnliche Forderung, wie wir sie erheben, stellen. Was von den Arbeitern der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften verlangt wird, lehnen die Vertreter dieser Arbeiter im Volkstag ab. Daß die Zentrumspartei nicht anders handeln konnte, ist erklärlich. Ihr Vertreter im Ausschuss war ein Bauunternehmer. Man kann nicht verlangen, daß der Unternehmer sich selbst belasten wird. Die Danziger christlichen Bauarbeiter verlangen ebenfalls einen besseren Schutz. Hingru kommt noch, daß ein Mitglied der Zentrums-partei, der frühere Wohlfahrtsminister Siegemann, selbst durch einen Minderlaß die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen gefordert hat.

Senator Dr. Recke hat erklärt, daß der Baukontrolleur gar nicht nötig ist, weil ja die Bauarbeiter in ihrem Tarifvertrag die Einrichtung der Baudelegierten geschaffen haben, die die Aufgabe haben, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu überwachen und zu beschützen. Das klang fast wie Ironie. Denn als Dr. Recke Geschäftsführer der Weich u. Freitag war, hat er einen Baudelegierten entlassen, weil er für besseren Schutz auf den Arbeitsstellen sorgte. Redner gab seiner Meinung hahn Ausdruck, daß Senator Recke sich von persönlichen Interessen leiten lasse. Bis zum 31. Dezember 1921 war der Baukontrolleur der Berufsgenossenschaft der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes. Erst nach Stellung eines Antrages wurde der Architekt Marx mit der vorläufigen Ausgabe der Kontrolle beauftragt. Daß wir uns eine

solche Kontrolle auf die Dauer nicht gefallen lassen,

ist erklärlich. Wenn Sie den Antrag heute ablehnen, kommt er doch wieder. Und die Zentrumspartei wird dann den christlichen Arbeitern zeigen müssen, ob sie wirklich den Arbeiterfragen näher treten will. Wir werden uns auch an die Kirch-Dunderschen Arbeiter wenden und sie fragen, ob sie mit der Stellung ihrer politischen Vertreter einverstanden sind. Wir werden dafür sorgen, daß ein wirklicher Schutz der 5-8000 Arbeiter durchgeführt wird. Wir verlangen nichts weiter, als das, was in Deutschland durchgeführt ist. Die Bauarbeiter, die der Gefährlichkeit des Berufes alljährlich soviel Opfer an Gesundheit und Leben bringen, haben Anspruch auf Verwirklichung ihrer seit Jahrzehnten aufgestellten Forderung.

Senator Dr. Recke lehnte ein Eingehen auf die Angelegenheit ab, weil im Ausschuss genügend darüber gesprochen worden sei. Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen wären bereits vorhanden. Auf die Entlassung des Baudelegierten konnte Redner sich nicht bestimmen. Dr. Recke erklärte, daß seine Amtshandlungen nicht von persönlichen Interessen beeinflusst werden.

#### Abg. Gen. Ahojowski:

Die Mehrheit des Ausschusses hatte kein Verständnis für die Tätigkeit der Bauarbeiter, die ihre Arbeit unter ständiger Lebensgefahr verrichten müssen. Deshalb lehnte sie auch die Anstellung von Baukontrolleuren ab. Senator Recke wies darauf hin, daß in Danzig bereits ein Baukontrolleur aus Arbeiterkreisen tätig ist. Dessen Befugnisse hat man auch stark eingeschränkt, z. B. darf er sich um den Verfallbau nicht kümmern, angeblich, weil er die Stärke des dazu verwendeten Materials nicht feststellen kann. Redner wies die Behauptung, daß Maurer oder Zimmerer nicht feststellen könnten, ob das Leben von 40-50 Arbeitern durch schlechten Verfallbau gefährdet ist, mit Entrüstung zurück. Die Anstellung von vier Arbeiterkontrolleuren würde dem Freistaat keinen Schaden bringen, wohl aber den Bauarbeitern einen wirksamen Schutz bringen. Die Vorgänge im

muß man fragen, und immer wieder fragen, bis man fühlt, daß man die landesüblichen Ansichten und Gesetze endlich und gründlich über Bord werfen darf — bis man fühlt, daß man sich selber Ziele und Gesetze schaffen muß. Welch lange, endlose, mühselige Manufakturarbeit, bis man so weit kommt in der Kraft und Liebe zu sich, daß man sich nicht mehr am Herkömmlichen begnügt.

Nur der gewöhnliche Kopf ist immer der herrschenden Meinung und der herrschenden Mode konform, ihm fällt nicht ein, daß alles nur im Rate der Menschen beschlossen wurde und daß dies und jenes auch falsch sein könnte.

Als ich zum erstenmal aufgestanden war, meldete sich ein Besuch, der mich sehr überraschte. Marie Luise und meine Schwester Wera fielen mir in die Arme.

Wollten sie noch einen Versuch machen, mich zurückzubringen? Ehe sie ihre Absichten kundtaten, bat ich sie, alle schwierigen und unerfreulichen Auseinandersetzungen zu vermeiden, ich sei der Heimat verloren und durch mich könnte ich mehr von meinem Wege abgebracht werden.

„Liebe Renate,“ beschwichtigte mich Marie Luise, „davon ist ja keine Rede, daß wir zum Beispiel wünschen könnten, du solltest nach Demir zurück. Nach den jüngsten Erlebnissen ist das ja auch ausgeschlossen. Falkenhain mit Melitta als Herrin kommt auch nicht in Betracht. Es gibt nur einen Weg und ein Zuhause für dich. Solltest du das nicht kennen?“

Wir saßen uns gegenüber, sie hielt meine Hände, während Wera auf meiner Sessellehne hockte, beide Arme um mich geschlungen, als wollte sie mich nie mehr lassen.

Dachte Marie Luise an Sangerheim? Ich wurde dunkelrot und konnte vor tiefer Bewegung keinen Ton hervorbringen.

„Sollte er nicht genug bewiesen haben, daß er würdig ist, dir die Heimat zu bereiten,“ fuhr Marie Luise fort. „Doch er denn gegögert, sich vor die tödliche Kugel zu stellen? Bögert er jetzt, da man von allen Seiten deine Ehre bedrohen will, dich in seinen Schutz zu nehmen? Dich zu rehabilitieren vor der ganzen Welt?“

Ich hatte ihr entgegengetreten zugehört.

(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeiterjugend für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

**Abg. Gen. Ost**  
Nicht in einbringlichen Worten die Mahnung an das Haus, den Antrag des Ausschusses abzulehnen. Die Forderung der Bauarbeiter nach Baukontrollen aus Arbeiterkreisen ist so alt, wie die Organisation von Bauarbeitern. Die Forderung werde erhoben, weil die Arbeiter des Bauberufes zu den Kontrollen aus andern Kreisen kein Vertrauen haben.

Der Kontrolleure aus Arbeiterkreisen bieten den auf Seiten Beschäftigten die Gewähr für ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiterbeschäftigungen.

Ein Mißbrauch eines solchen Mittels zur Agitation kommt nicht in Betracht. In einem Zwischenruf wurde darauf hingewiesen, daß der Voller für Innehaltung der Arbeiterbeschäftigungen sorgen müsse. Der Voller ist der Verantwortung des Innenministeriums. Dieser hat ein Interesse daran, die Arbeit so schnell wie möglich fertig zu stellen, um so viel wie möglich zu verdienen. Bei der Ost, in der gearbeitet wird, werden die Schutzbestimmungen oft außer acht gelassen.

Die Arbeiter gehen auch darüber hinweg. Deshalb müssen unabhängige Baukontrollen angestellt werden. Ein vernünftiger Mensch kann doch grundsätzlich nichts gegen solchen unabhängigen Baukontrollen haben. Sonst würde auch der Grundbesitzer die Rechte des Bauarbeiters erleiden. Es kommen nur solche Personen in Frage, die längere Zeit im Beruf tätig waren, und über genügend Sachkenntnis verfügen. Die Eingabe der Bauerngenossenschaft

hat anscheinend die Stellungnahme des Hauses stark beeinflusst. Die Bauerngenossenschaft ist daran interessiert, daß Kontrolleure aus Arbeiterkreisen nicht angestellt werden, da sie auf diese keinen Einfluß ausüben kann. Es kann ja auch mit einer Probeanstellung versucht werden. Auch eine Schule kann eingerichtet werden, in der sich Bewerber theoretische Kenntnisse aneignen können. Wenn man nicht von dem Vertrauen ausgeht, alle sozialdemokratischen Beamten zu entfernen oder ihre Anstellung zu verhindern, muß man für diesen Antrag stimmen. Zur Klärung der Frage wäre es zweckmäßig, die Angelegenheit noch einmal an einen anderen Ausschuss zu verweisen.

Senator Dr. Pöhl erklärte, daß er grundsätzlich nichts gegen die Anstellung von Arbeiterkontrollen habe. Auf Grund des Ministerialerlasses sei auch in Danzig ein Kontrolleur angestellt worden. Die Dienstordnung unserer Beamten sei jedoch der Stein des Anstoßes, denn sie stellt unersättliche Ansprüche an den Kontrolleur. Deshalb ist eine andere Dienstordnung ausgearbeitet worden, die nach Erledigung dieses Antrages veröffentlicht werden soll.

Die Aussprache war damit beendet. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte beschloß das Haus, die Angelegenheit dem Sozialdemokratischen Ausschuss zur nochmaligen Verhandlung zu überweisen.

Ein Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion fordert die Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke.

Abg. Gen. Brill wies in der Begründung des Antrages darauf hin, daß dieser alte Uebelstand endlich beseitigt werden müsse. Der Besitzer eines Gutes wird, hat die Möglichkeit, sich zum selbständigen Gutsvorsteher einzusetzen und alle anderen Bewohner dieses Bezirks sich untertänig zu machen. Die Betroffenen haben dann weder Wahlrecht noch Mitbestimmungsrecht. Es gibt zusammengelegte Gutsbezirke, an denen Dörfer gehören, die mehr Einwohner haben als die Gutsbezirke. Dies ist in Groß-Paplan, Sobnowitz und Straßin der Fall. Im Kreis Danziger Höhe sind 75 Landgemeinden und 50 Gutsbezirke, im Kreis Danziger Niederung 68 Landgemeinden und 11 Gutsbezirke. Im Kreis Großer Werder sind die Zahlen ähnlich.

Wirtschaftliche Gründe erfordern ebenfalls die Auflösung der Gutsbezirke. Nach dem Einkommensteuergesetz werden den Gemeinden 44 Prozent der auskommenden Steuern zurückerstattet. Auch die Gutsbezirke erhalten diese Rückzahlung. Während die Gemeinden nun nicht wissen, wie sie ihre Ausgaben decken sollen, wissen die Gutsbezirke nicht, was sie mit dem Gelde machen sollen. Die Gutsbesitzer nehmen deshalb 1000-2000 Mark für sich in Anspruch als Entschädigung für Verwaltung des Gutsbezirks. Dann verwenden sie die Gelder zum Ausbau der Wege des Gutes. Dieser Zustand muß aufgehoben werden. Die Gutsbezirke müssen aufgelöst und den nächstliegenden Landgemeinden angegliedert werden.

Abg. Roggenbuck (L. S. P.) begründete einen Antrag der L. S. P., wonach die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung und des Postenwesens, die bei der Einreihung in Ortsklasse A keine Nachzahlung erhielten, ebenfalls in den Genuss der Nachzahlung kommen sollen. Der Antrag wurde dem Hauptauschuss überwiesen.

Das Gesetz über die Änderung der Allgemeinen Landesverwaltung (Erhöhung der Gebühren im Verwaltungsstreitverfahren) wurde in 2. und 3. Lesung verabschiedet.

Das Haus vertagte sich alsdann bis auf Mittwoch nächster Woche.

## Danziger Nachrichten.

Der Arbeiter-Jugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

**Wahl ?** Der Arbeiterjugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

**Wahl ?** Der Arbeiterjugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

**Wahl ?** Der Arbeiterjugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

## Aus dem Osten.

### Verkehrserleichterungen nach Ostpreußen.

Eine der wichtigsten Aufgaben Deutschlands ist die Pflege der Beziehungen zu der abgeschnittenen Provinz Ostpreußen. In den Besprechungen im Reichstag ist zum Ausdruck gekommen, daß für Ostpreußen eine Staffellei der Gütertarife unbedingt erforderlich sei. Für künstliche Düngemittel müsse ein Ausgleichsfonds geschaffen und der für Kohlen bestehende Ausgleichsfonds müsse erhöht werden. Für Kall sei eine Frachtergütung nötig. Sollte Preußen diese Forderungen ablehnen, so müßte das Reich allein vorgehen und mindestens 40 bis 50 Millionen Mark für den Frachtenausgleichsfonds bereitstellen. Ebenso müßten die Frachten für den Seeverkehr ermäßigt werden. Weiter soll der Personenverkehr von und nach Ostpreußen durch Ermäßigung der Preise für die dritte und vierte Wagenklasse eine Verbilligung und damit eine Erleichterung erfahren. Das Provisorium über den sogenannten Korridor-Vertrag müsse nun endlich von Polen bestätigt werden. Die Belästigung der Reisenden durch den Personennachweis ist unerträglich, zumal eine formelle Verpflichtung für diesen Nachweis nicht besteht. Endlich muß der Seeverkehr zwischen Swinemünde und Pillau mit allen Mitteln gefördert und der Ausbau der ostpreussischen Binnenwasserstraßen energisch in Angriff genommen werden.

**Abnigsberg.** Zur vierten deutschen Ostmesse, die vom 19. bis 22. Februar stattfindet, sind insgesamt 1850 Aussteller angemeldet. Diese verteilen sich folgendermaßen auf die Branchen: Textilwaren 630, Schuh- und Lederwaren 220, Haus- und Küchengeräte 250, elektrotechnische Schwaachstromartikel, Beleuchtungsgegenstände, Optik und Feinmechanik, Edelmetall- und Schmuckwaren 60, Musikinstrumente und Musikalien, Spielwaren und Sportartikel, Galanteriewaren, Papierwaren und Bureaubedarf 130, Kleinmöbel, Nahrungs- und Genussmittel 160, chemisch-pharmazeutische und kosmetische Artikel, Gummi-, Kork- und Zelluloidwaren 60, technische und Baumeister 140. Die Zahl der Aussteller ist ebenso groß wie die der Herbstmesse 1921 ohne die Aussteller der landwirtschaftlichen Maschinenausstellung, die auf der diesjährigen Herbstmesse nicht vertreten sind. Geringer ist die Zahl in der Branche der elektrotechnischen Schwaachstromartikel und Beleuchtungsgegenstände. Ebenso ist die Zahl der Aussteller aus der Möbelbranche von der diesmal nur Kleinmöbel teilnehmen, gesunken. Größer ist die Zahl der Aussteller in der technischen und Baumeister. Für die Unterbringung der Aussteller stehen sieben Hallen in einer Gesamtgröße von etwa 25 000 Quadratmetern zur Verfügung. Die Einrichtung der Messehallen hat einen Kostenaufwand von 10 Millionen verursacht. Neben Einfahrern aus allen Distrikten und den Nordländern werden auch Wirtschaftsleute aus Ausland erwartet.

**Marientburg.** Elektrischen Strom erhalten Kreis und Stadt Marientburg. Durch einen Vertrag des Kreises mit dem Ueberlandwerk Westpreußen in Marienwerder wird das zu bauende Kreis- und Stadtnetz an die Ueberlandzentrale angeschlossen und erhält von diesem so lange Strom, bis das Ostpreußenwerk lieferungsfähig ist, was nach einem mit diesem Werk abgeschlossenen Vertrag im Jahre 1923 erfolgen soll. Das Ueberlandwerk Westpreußen errichtet in Marienwerder ein neues Kraftwerk, um einmal von Stadtmühle unabhängiger zu werden, andererseits aber auch die Nachbarkreise mit Strom beliefern zu können. Dieses Kraftwerk dürfte bis zum 1. Juli d. J. fertiggestellt und dann auch in der Lage sein, den erforderlichen Strom abzugeben. Mit dem Bau der Kreis- und Stadtneze wird sofort begonnen werden.

**Wahl ?** Der Arbeiterjugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

**Wahl ?** Der Arbeiterjugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

**Wahl ?** Der Arbeiterjugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

**Wahl ?** Der Arbeiterjugendbund für die freie Stadt Danzig hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr im Heim des Vereins Arbeiterjugend Danzig, Weidenstraße 2, (Reiterkaserne), eine ordentliche Jugendkonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. Referent: Jugendgenosse Helmuth Lechner. 2. Unsere Stellung innerhalb der Jugendbewegungen im Freistaat. Referent: Jugendgenosse Erich Brost. 3. Unser Jugendprogramm. Referent: Gen. Walter Joseph. 4. Unser Organisationsplan. Referent: Gen. Fritz Weber. 5. Neuwahl des Zentralvorstandes. 6. Anträge. Alle Vorstände sowie Delegierte der Arbeiterjugendvereine im Freistaat haben unbedingt zu erscheinen. Mitglieder als Gäste willkommen.

## Aus aller Welt.

**75 Bergleute durch Kohlenoxydgas betäubt.** Infolge eines in einem Blindloch der Gleitwitzer Grube befindliche brochenen Stapelbrandes wurden 75 in der Grube befindliche Bergleute durch Kohlenoxydgas betäubt. Zwei von ihnen mußten in das Knappschafts-Lazarett gebracht werden. Die übrigen sind wieder wohl auf. Rettungsmannschaften haben die Brandstätte abgedämmt.

**Von einer Lawine verschüttet** wurden beim Uebergang aus dem Paganantale nach der Schweiz drei Einheimische am Sammauner Joch. Zwei von ihnen verloren ihr Leben.

**Ein Liebesdrama** liegt einem Mordprozeß zugrunde der vor dem Schwurgericht in Hirschberg stattfindet. Angeklagt wegen Mordes ist Postsekretär Wolfgang Emmerich aus Vorkenrain, der am 20. August v. J. die Hausbesitzerstochter Aite Stenzel aus Vorkenrain erschossen hat. Emmerich wollte das Mädchen heiraten, was dieses aber ablehnte. Zu einer letzten Zusammenkunft bestellte er das Mädchen an dem fraglichen Abend und erschoss es dann auf der Straße. Er richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst, brachte sich aber nur eine leichte Verletzung bei.

**Das Festgelage bei der Friedensdelegation.** Eigenartige Vorgänge bei der deutschen Friedensdelegation in Paris beschäftigen jetzt das Landgericht in Berlin. Wegen schweren Diebstahls war der ehemalige Dolmetscher der deutschen Friedensdelegation, der Beamte Gebor Lepper, angeklagt. Der Angeklagte, der der Sohn eines Generals ist, soll während einer wüsten Kneipezeit im Kassenzimmer der Friedensdelegation dem damaligen Zahlmeister Oberüber die Kassenklüffel entwendet haben, um sich danach einen Nachschlüssel anfertigen zu lassen. Mit diesem Nachschlüssel soll Lepper dann 750 000 Franken aus dem Geldschrank entwendet haben. In dem Vorverfahren hatte L. den Einwand erhoben, daß D. ihm selbst das Geld gegeben habe, um auf den Rennplätzen Tremblay und Deauville zu wetten. Die Verhandlung erbrachte jedoch für diese Beschuldigung keinerlei positive Beweise. — Das Gericht verurteilte Lepper zu 8 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Gefängnis beantragt.

**Wohnungsbeschreibungen.** Wegen Bestechung wurden zwei Beamte von Berliner Wohnungsämtern, Zwilck und Buchholz verurteilt, der erste zu 6 Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, der letztere zu 5 Monaten Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe. Ein Angeklagter der Erwerbslosensfürsorge namens Strupp erhielt wegen Bestechung dazu einen Monat Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Die Verurteilten hatten durch den Inhaber einer Wohnungsamtzentrale gegen hohe Provision Wohnungen vermittelt. Wie der Staatsanwalt feststellte, waren in den Listen der beiden beteiligten Wohnungsämter mindestens ein Drittel aller Eintragungen fingiert. Sobald einer dieser fingierten Bewerber an die Reihe kam, wurde sein Name durch den eines zahlungsfähigen Bewerbers ersetzt.

## Sport und Körperpflege.

**Alle Turn- und Sportgenossen des Kreises besuchen am Sonnabend, den 18. Februar, die Veranstaltung der Freien Turnerschaft Danzig im Wilhelmstheater.**

**Turn- und Sportverein „Freiheit“, Heubude:**  
Montag, den 20. Februar, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung bei Albrecht.

**Freie Turnerschaft „Schöblitz“:**  
Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr im Café Derra: Werbest. Alle Turngenossen sind dazu eingeladen.

# Danziger Nachrichten.

## Erhöhung des Ausgleichszuschlages für staatliche Beamte und Angestellte.

Der Senat legt dem Volkstag ein Nachtrag zum Beamtensteuereinkommengesetz vor, wonach den planmäßig angestellten Beamten außer dem bisherigen Ausgleichszuschlag ein weiterer Ausgleichszuschlag in Höhe von 20 Prozent der ersten 10 000 Mark des gesamten Dienststeuereinkommens (gleich 2000 Mark) gezahlt wird. Von den nicht planmäßigen Beamten erhalten an Ausgleichszuschlag: die auftragsweise vollbeschäftigten und einstweilen angestellten **Be r e i e r t e n** je nach Dienstjahr 1700—2000 Mark; die vor dem 1. Juli 1920 als nichtplanmäßige Beamten eingestellten **P o s t -** und **T e l e g r a p h e n g e h i l f e n** 1600—2000 die **M i l i t ä r a n w ä r t e r** 1900—2000 Mark; sonstige männliche und weibliche Angestellte 1900—2000 Mark. Bei Kandidaten wird die Summe um die Hälfte gekürzt.

Im Deutschen Reich und in Preußen sind die Dienstbezüge der Beamten im gleichen Umfang und in der gleichen Weise erhöht worden. Die durch die Ausführung dieses Gesetzes entstehenden Mehrkosten belaufen sich auf jährlich 11 800 000 Mk. und für das Rechnungsjahr 1921 auf rund 2 050 000 Mk.

Da den Angestellten der Reichsbehörden nach dem Tarifvertrage vom 30. November 1921 die gleiche Erhöhung des Ausgleichszuschlages zu gewähren ist, erhöht sich der Mehrbetrag aus Anlaß dieses Gesetzes noch um jährlich weitere rund 2 Millionen Mark und für das Rechnungsjahr 1921 um rund 500 000 Mark. Da es nicht möglich war, zugleich mit dieser Vorlage die zur ordnungsmäßigen Deckung der Ausgaben erforderlichen Gesetze dem Volkstage vorzulegen, steht der § 4 des Gesetzesentwurfes eine vorläufige Deckung vor. Die endgültige Deckung soll durch eine Besteuerung der Devisen erfolgen. Die Beamtenvertretung hat sich mit der vorgesehene Erhöhung des Ausgleichszuschlages einverstanden erklärt.

## Die Abstimmung in den Staatsbetrieben.

Die Arbeiter der Danziger Werft und der Artillerie-Werkstatt nahmen gestern in Abstimmungen zu dem Schiedsgerichtsbescheid Stellung. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

Betrieb	Gewerkschaft	Streik	Annahme	Ungültig	Zusammen
Art.-Werkstatt	alle Verbände	46	118	—	164
Danziger Werft	Metallarbeiter	929	149	—	1078
"	Transportarb.	105	26	1	132
"	Holzarbeiter	59	5	—	64
"	Kupferschmiede	36	19	—	55
"	Maler	44	1	—	45
"	Schiffzimmerer	90	12	—	102
"	Seilzer u. Makl.	21	10	—	31
"	Chr. Gewerksch.	161	82	—	222
"	S. D. Gewerksch.	88	163	—	251
"	and. freie Bew.	6	—	—	6
Gesamtergebnis		1585	565	1	2151

Der Schiedsgerichtsbescheid gilt danach als angenommen, da die notwendige statistische 3/4 Mehrheit für den Streik, die bei der Zahl der Abstimmenden 1914 betrug, nicht erreicht ist.

## Die Preissteigerungen

für Kohlen, Milch und Kartoffeln.

In der vorgestrigen Sitzung der Verbraucher-Kammer kamen die neueren Preissteigerungen zur Sprache. Für Steinkohlen ist ein Höchstpreis von 56,50 Mark für den Zentner ab Lager des Händlers vom Brennstoffamt festgesetzt worden. Das ist ungefähr das 50 fache des Vorkriegspreises. Ob diese erstaunliche Preissteigerung eines unbedingt notwendigen Bedarfsartikels wirklich berechtigt ist, hat das Brennstoffamt zu verantworten. Bei einem so notwendigen Artikel, wie die Kohle, sollte alles daran gesetzt werden, den Preis so gering wie möglich zu gestalten. Es wurde weiter darüber geklagt, daß bereits vor dem 11. Februar ein Preis von 60 Mark der Zentner genommen wurde. Die Verbraucher sollten aufgefordert werden, darauf zu achten, daß wenigstens dieser hohe Höchstpreis inne gehalten wird. Anzeigen wegen Höchstpreisüberschreitungen nimmt die Verbraucher-Kammer zur Weitergabe entgegen. Ferner sollen Kohlen ohne Brennstoffkarte zu höheren Preisen, 70 bis 80 Mark, verkauft werden. Auch das ist unzulässig.

Erheblich ist gleichfalls die Milchpreissteigerung, obgleich sie sich noch einigermaßen im Rahmen der Geldentwertung hält. Von der versprochenen Preisüberhöhung des Milchpreises nimmt die Verbraucher-Kammer Notiz und hofft, daß dies Versprechen nun ausnahmsweise einmal auch ernst genommen und erfüllt wird.

Unverantwortlich hoch aber sind die Kartoffelpreise. Für den Zentner werden bereits 150 Mark gefordert. Das bedeutet eine Preissteigerung der Inlandskartoffel um das 50 fache. Kartoffeln und Kohlen kann aber selbst der Disarmee nicht entbehren. Das Einkommen hingegen ist nur etwa um das 10 fache gestiegen. Es bleibt also eine dringende Forderung der Verbraucher-Kammer, daß das Einkommen der Verbraucher der Preissteigerung entsprechend erhöht wird und mit ihr weiter steigt, bis der Geldentwertung von der Regierung Einhalt getan wird. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig ist, den Butterhöchstpreis zu beachten, weil dieser auf den Milchpreis und die Milchzufuhr einwirkt. Man könne hier die erforderliche Entfaltung üben und jede Höchstpreisüberschreitung unterlassen. Auch hier sollten die Verbraucher Gesetzesübertretungen zur Anzeige bringen. Auf diesem Gebiet kann rücksichtslos durchgegriffen werden.

„Die Geheimwunder des Okkultismus.“ In seinem dritten Experimentalvortrag wählte Dr. Stadthagen das recht große Auditorium mit dem Wesen der „Geheimwunder des Okkultismus“ fast vier Stunden lang voll zu interessieren. Nach klarer Entwicklung der theoretischen Grundlagen dieses auf Schulung und seiner Beobachtung des materiellen Muskelreflexes beruhenden Verfahrens in praxi entkräftete er somit die Telepathie aller tieferen Bedeutung, die man ihr ebenso gern wie unbegründet zuschreiben beliebt. Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging der Vortragende an

die physikalischen Phänomene, wie Stillsitzen, Tischklopfen, Auslegung des überflüssigen pendulums) usw. und wies auch dort an wirkungsvollen Versuchen nach, daß es sich in nahezu allen Fällen um Schwindel handelt in gelegentlicher Kombination mit Autosuggestion. Ueber der Klarheit und Sachlichkeit der Darbietungen vergaß man gern ein zu starkes Posieren, welches den Vortrag begleitete und seine Wirkung eher abschwächte als erwarnte. Den Protesten, die sich hier und da aus dem Zuschauerraum erhoben, begegnete er erfolgreich mit ungehässiger Objektivität und verwies auf den Mangel wissenschaftlicher Grundlagen und das Wesen beweisbarer Prüfungen, die von den Anhängern des Okkultismus fast demonstrativ abgelehnt wurden. Der vom Vortragenden erwünschte Erfolg des Abends, daß in einigen seiner Hörer objektives Nachdenken über diese „heimlichen Dinge“ geweckt zu haben, ist gewiß erreicht, und noch mehr: auch weiten Kreisen ist der Weg gezeigt, der über kritisch begründete Verneinung des Okkultismus und dessen Anhängsel zur Erkenntnis und zur Wahrheit führt. Und damit ist eine Verechtigung des Vortrages nicht bloß sichergestellt, er verdient auch in alle Schichten des Volkes getragen zu werden. Schon aus diesen Gründen soll auf den heute stattfindenden vierten und letzten Experimentalvortrag von Dr. Stadthagen („Exkursion in das Geheimgebiet der Taschenspieler, Gaukler, Fakire und fahrenden Leute“) mit warmer Empfehlung hingewiesen werden. Dr. D.

## Nachzahlung von rückwirkenden Lohnerhöhungen bei Arbeitsaufgabe.

Am 4. Januar 1922 kam auf Grund des bestehenden Tarifvertrages zwischen der Danziger Werft und Artillerie-Werkstatt einerseits und den Gewerkschaften andererseits eine Vereinbarung zustande, nach der ab 1. Dezember 1921 eine Teuerungszulage von 1,50, 1,40 Mark usw. bezahlt werden sollte. Wie es in einem großen Betrieb immer wieder vorkommt, traten auch bei der Danziger Werft im Laufe des Dezembers 1921 einige Arbeiter aus der Beschäftigung aus, um sich anderwärts Arbeit zu suchen. Nachdem das neue Lohnabkommen getroffen war, beanspruchten 2 Arbeiter, die ebenfalls im Dezember ausgeschieden waren, die Nachzahlung der Teuerungszulage für die auf der D.-W. geleistete Arbeitszeit. Die Direktion weigerte sich, diesen Arbeitern die Nachzahlung zu gewähren. Auf eine beim Gewerbegericht anhängig gemachte Klage wurde die Werkleitung verurteilt, die Nachzahlungen zu leisten. Auf die Gründe werden wir noch zurückkommen.

## Um die Demobilmachungsverordnung.

Bekanntlich bestehen über die Aufrechterhaltung der Demobilmachungsverordnungen starke Meinungsverschiedenheiten. Im Reich sollten die Demobilmachungsbestimmungen nach einer Verordnung vom 18. Februar 1921 am 31. März 1922 ihr Ende erreichen und die Danziger Arbeitgeber drängten vor einiger Zeit im Volkstag zu einem ähnlichen Beschluß. Im Reich wurde damals angenommen, daß bis zu dem genannten Termin die nur durch Verordnung geregelten Fragen durch entsprechende Reichsgesetze eine Regelung erfahren würden. Dieses hat sich nicht erreichen lassen, so daß die Aufhebung der Demobilmachungsverordnungen die Arbeiterschaft ohne den nötigen Schutz gelassen hätte. Die drohende Aufhebung, die in Gewerkschaftskreisen zu lebhaften Besorgungen Anlaß gab, veranlaßte den Vorstand des A. D. G. B., bei den Behörden die Fortführung der Schutzbestimmungen zu erwirken. Dieses letztere steht nunmehr in Aussicht. Wie der Reichsminister des Innern mitteilt, wird zurzeit in seinem Ressort mit Beschleunigung an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, durch den die Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnungen verlängert werden soll.

Der Sozialismus in der Karikatur. Der mit diesem Thema vom Arbeiter-Bildungsausschuß angekündigte Lichtbildervortrag findet am Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Vortragssaal der Gewerkschaften, Heveliusplatz 1—2 II statt. Karten zu 1 Mark sind nur an der Abendkasse, am Saaleingang, die von 7 Uhr an geöffnet ist, zu haben. Das Bild des Sozialismus im Spiegel der Karikatur darf unser höchstes Interesse in Anspruch nehmen, denn was hat man alles über den Sozialismus zu sagen gewußt. Als die Wühlflechter Europas anfangen, sich mit der sozialistischen Bewegung zu beschäftigen, da karikierten sie die Anhänger dieser Idee als Bettler und Pennbrüder. Mit diesen und ähnlichen Witzchen glaubte man die Sozialdemokratie und die soziale Frage abtun zu können. Heute ist die sozialistische Idee in weite Kreise der Bevölkerung gedrungen und die hinter ihr stehende Bewegung ein gewaltiger Machtfaktor geworden, daher kann man sich jetzt schon mit einem Lächeln aller der Anwürfe erinnern, die man früher gegen sie erhob. Der Besuch des Vortrages kann allen Parteimitgliedern und Gewerkschaftsmitgliedern nur empfohlen werden.

Abgelehnte Strafverfolgung. Der Rechtsausschuß des Volkstages hat beschlossen, die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Gebauer und Gaiswoski zu verweigern.

Der Fremdenverkehr Danzigs. Insgesamt sind 1185 Fremde polizeilich gemeldet, davon aus Polen 653, Deutschland 288, Lettland 22, Litauen 21, Amerika 16, Rußland 15, England 11, Frankreich 9, Rumänien 8, Schweiz 7, Belgien 5, Holland 5, Tschechoslowakei 5, Dänemark 3, Norwegen 3, Griechenland 2, Italien 2, Memel 2, Desterreich 2, Schweden 2, Ungarn 2, Finnland 1, Persien 1, Ukraine 1.

Amerikanische Lebensmitteltransporte über Danzig nach Rußland. Polnische Blätter melden, daß in kurzer Zeit ein größerer Transport Waars für Rußland in Danzig eintreffen wird. Von hier aus soll die Ware über Romno und Waranawitschi nach Rußland geleitet werden.

Für die Abgebrannten in Schildlich sind uns noch überwiesen worden: Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Gesundheitswesen (Stadt, Krankenhäuser), 135 Mark und vom Deutschen Eisenbahnerverband, Dienststelle Hafenbauamt 88 Mark.

Das Schiff ist beschädigt. Das polnische Motorboot „Dagala“ kam mit einer Ladung von Nessel nach Danzig und ließ hier Versicherung ab. Zu einer Reparatur wurde es auf die Danziger Werft gebracht. Am 18. Januar kam das Schiff hier an und bei der Untersuchung der Propeller ergab sich, daß die drei Flügel in Ordnung waren. Obwohl das Schiff seit der letzten Untersuchung nicht fortbewegt worden war, fand man plötzlich, daß der eine Flügel glatt abgebrochen war. In der Zwischenzeit war von Schlepfern um das Schiff das Eis aufgebrosen und der große Schwimmkran mehrere Male vorbeigeführt worden. Dabei haben sich Eismassen von 1 bis 1 1/2 Fuß Stärke am Hinterteil des Schiffes aufgetürmt. Hierbei soll dann auch wohl die Beschädigung erfolgt sein.

Beim Holzdiebstahl überrascht. In den letzten Nächten überraschte die Schutzpolizei in der Preßlerel Renneberg und im Schulerental zirka 20 Personen beim Forstdiebstahl. Unter dem gestohlenen und sicher gestellten Holz befanden sich Stämme von 15 Meter Länge. — Es mag sein, daß hin und wieder Eigennutz zum Holzdiebstahl veranlaßt. In der Mehrzahl der Fälle ist jedoch Not die Triebfeder dieser verbotenen Holzbeschaffung. Vielen Arbeitern ist der Ankauf von Brennmaterial einfach unmöglich.

Unterhaltungsabend der Sozialdemokratischen Partei in Langfuhr. Am Sonnabend, den 18. Februar, abends 7 Uhr, findet im Lokal Kresin, Brunshöferweg 36, ein Unterhaltungsabend unserer Partei statt. Neben musikalischen und rezitatatorischen Darbietungen wird die Arbeiterjugend mit Volksliedern und sonstigen Aufführungen aufwarten. Zahlreicher Besuch dieser Veranstaltung wird erwartet. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Polizeibericht vom 17. Februar. Festgenommen: 18 Personen, darunter 9 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 8 in Polizeihaft. — Gefunden: 6 Paar und 8 einzelne Handschuhe, 1 Perlenpompadour mit etwas Geld, einen Ring und Schür, 1 Handtasche mit Porzellanplatte, Schlüssel, Pinzette und Sparschwein, 1 Wäschekorb, 1 Notizbuch, 8 Paar Kinderгаммаи, 1 grauer Wulst, 8 Taschentücher, 1 Kindermitze, 1 grüne Schläfermitze, abgehoben aus dem Fundbureau des Polizeipräsidenten. 1 schwarzes Portemonnaie mit Geld, einem goldenen Ring mit rotem Stein, Briefmarken usw., abgehoben von Fr. Helene Groth, Fundengasse 48/49, 4 Tr. 1 goldene Damenuhr (Ring fehlt), abgehoben von Herrn Alexander Einsüher, Mühlengasse 8. 18 Bretter, abgehoben von Herrn Oskar Stolzenwald, Troni, Wüchtersstraße 2. — Verloren: 1 braune Handtasche, gez. W. S., enthaltend 1 Brieftasche mit zirka 400 Mark, Taschentücher, Schere usw. und Paß für Frau Martha Schulze, 1 goldene Herrenuhr Nr. 355 337, 1 goldene Wulstnadel mit Platinfassung und 2 Brillanten, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidenten.

## Standesamt vom 17. Februar 1922.

Todesfälle. T. d. Arbeiters Georg Philippson, 1 J. 8 Mon. — S. d. Arbeiters August Bleski, 1 J. 5 Mon. — Witwe Mathilde Schwarz geb. Apfel, 76 J. 1 Mon. — Witwe Marie Barczewski geb. Kuyf, 62 J. 1 Mon. — Schuhmacher Wilhelm Borowski, 41 J. 2 Mon. — Arbeiter Johann Schulz, 51 J. 1 Mon. — Unverheiratete Margarete Grundwald, 31 J. 6 Wt. — Witwe Katharina Wroch geb. Ziehnte, 61 J. 5 Mon. — T. d. Feuerwehmanns Gustav Waber, 1 J. 3 Mon. — Rentier Emil Klein, 58 J. 6 Mon. — Privatier Julius Dolina, 66 J. 10 Mon. — Aufwärterin Johanna Manowski, 66 J. 5 Mon. — Maschinist Paul Laube, 49 J. 7 Mon. — Unchel. 2 S.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	5.50	am Vortage 5,57 1/2—60
Amer. Dollar :	199	" " 197
Englisches Pfund:	890	" " 866



## Wasserstandsrichten am 17. Februar 1922.

	14. 2.	15. 2.	Kurzbrack	+ 1,36	+ 1,36
			Montanerpige	+ 0,75	+ 0,71
			Pielzel	+ 0,72	+ 0,66
			Dirschau	+ 0,18	+ 0,14
			Einlage	+ 2,04	+ 2,18
			Schlewenhorst	+ 2,18	+ 2,48
			Logat:		
			Schönau D. P.	+ 6,60	+ 6,60
			Galgenberg D. P.	+ 4,68	+ 4,66
			Neuhofersbüsch	+ 2,04	+ 2,04
			Unwachs	+ 0,77	+ 0,86

W e t h e l : Von Am. 0 (Schilke) bis 175 Eistannd mit Blüten bei Am. 64,7 bis 66 und Am. 92 bis 93. Eisauflauf vor Ort bis Am. 175 (K.-Schlank); von dort bis zur Mündung in der Bruchrinne Brucheisstreifen. Eisabtrieb in See langsam. — Eisbrechdampfer „Wache“ und „Dreizehn“ brechen vor Ort; „Montan“ Streckendienst, „Dissa“ Münderdienst, „Logat“ bunkert in Einlage. Logat: Eisbede.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Loope in Danzig; für Inserate Bruno Wert in Oliva. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

**Schleiferei**  
für Messer und Scheren  
**A. Lehmann Inh.: L. Gutzzeit**  
Danzig, Jopengasse 31-32.

**Kathode.** Der Sozialdemokratische Verein für Pommern und Umgebung hält am Freitag, den 10. Februar im Lokal des Herrn G. G. G. Kathode, nachm. 1 1/2 Uhr, eine Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Gen. G. G. G. über „Nutzer Programm“. Die Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Gäste sind willkommen.

**Kleine Nachrichten.**

Die Rückgabe des deutschen Eigentums in Italien. Nach einer Verfügung des italienischen Handelsministeriums ist als letzter endgültiger Termin für die Einreichung von Anträgen auf Rückgabe des sogenannten kleinen deutschen Eigentums (Eigentum im Gesamtwert bis zu 50.000 Lire) der 28. Februar festgesetzt worden.

Der Ausschluß Derrers ist vom Vorstand des Braunschweig der U.S.P. auf einstimmigen Beschluß an den Bezirksvorstand beantragt worden. Denselben Beschluß haben die U.S.P.-Betriebsvertrauensleute und die Kartellbelegierten gefaßt.

Verhaftungen von oberklassischen Industrieführern. Im Zusammenhang mit den Schieberen in Petersburg-Gleiwitz wurden von der Interalliierten Kommission bis jetzt 20 Personen verhaftet. Unter ihnen befinden sich der Oberregierungsrat Rosenthal,

der Chef der Eisenbahnwerkstätten in Gleiwitz; der Oberbergamt Rieder, der in der Gleiwitzer staatlichen Hütte beschäftigt ist und der Direktor der Guldtschinski-Werke, Herold.

Ausenthaltsverbot für deutsche Bojler in England. Der englische Innenminister macht bekannt, daß deutsche Bojler nicht die Erlaubnis erhalten, in England aufzutreten.

Die amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland werden, wie das Kriegsamt in Washington bekannt gibt, unverzüglich um 308 Offiziere und 3000 Mann verringert. Es bleiben dann noch 100 Offiziere und 3217 Mann zurück.

Der Vork hat den ehemaligen Vertreter der französischen Militärmission in Polen, den General Riesel, in Privataudienz empfangen.

Das deutsche Vork gegen die Kapitalflucht ist bis zum 31. März 1923 verlängert. Gleichzeitig beschloß der Reichstag, daß künftig an Zahlungsmitteln 20.000 Mark ins Ausland mitgenommen werden dürfen, während es bisher nur 3000 Mark waren.

Argentinische Schiffskäufe in Deutschland. Die argentinische Regierung hat beschlossen, von Deutschland 10 Schiffe zu je 3000 Tonnen und 8 weitere Schiffe von je 185 Tonnen anzukaufen. Sie sollen als Hilfschiffe für die Marine Verwendung finden.

**Verjammlungs-Anzeiger**

Gemeinsame Sitzung von Volksbildungs- und Stadterverbandsfraktion: Heute abend 8 Uhr im Fraktionszimmer des Volkshauses.

Jugendbildungsgruppe. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, im Parteibureau, 4. Damm 7, 8 Tr., Versammlung. Vortrag des Genossen Kurt Wroß: „Die reichsrechtliche Betriebs-Unfallversicherung“. Anschließend Aussprache. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Verein Danzig.

5. Bezirk (Langfuhr). Sonnabend, den 18. Februar, abends 7 Uhr, findet im Lokal Kresin, Brunsdöfer Weg, ein Unterhaltungsabend, bestehend aus Konzert, Vorträgen usw., unter Mitwirkung der Arb.-Jugend, statt.

Zentralverband proletarischer Freiberger Deutschlands, Ortsgruppe Danzig: Freitag, 17. Februar, 7 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Seveliusplatz 1-2: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Referat: Was wollen die proletarischen Freiberger? 2. Verschiedenes. 3. Entgegennahme von Beiträgen und Ausgabe der Feuerbestattungsbücher. Gäste willkommen!

Sozialdemokratischer Verein Danzig.

Bezirk Langfuhr: Diskussionsabend am Freitag, den 17. Februar, beim Genossen Schmidt, Langfuhr, Mirkauer Weg 52.

**Stadttheater Danzig.**  
 Direktion: Rudolf Schaper.  
 Heute, Freitag, den 17. Februar, abends 7 Uhr:  
 Dauerkarten D 2. Neu einstudiert!  
**Der Barbier von Sevilla**  
 Oper in 3 Akten von G. Rossini.  
 In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brischke.  
 Musikalische Leitung: Erich Walter.  
 Inspektion: Otto Friedrich.

Graf Almaviva, unter dem Namen Lindoro	Fredy Busch
Doktor Bartholo	Richard Ludewigs
Hosine, dessen Wädel	Paula von Aronau
Figaro, Barbier	Ernst Claus
Basilio, Musikker	Dr. Friedrich Schrader
Marcéllus, Kammerfrau bei Dr. Bartholo	Milce v. d. Linden
Nicorillo, Diener des Grafen	Georg Harber
Ein Notar	Wolff Wehrle
Ein Offizier	Ludwig Fürst
Imbrofio	Ehrenfried Pauls

Ende 9 1/2 Uhr.  
 Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten E 2. Neu einstudiert. Macbeth. Eine Tragödie.  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. Zum letzten Male. Rosenkinder.  
 Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Die Jüdin. Große Oper.  
 Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1. Händel und Gretel. Märchenpiel.

Ufa Licht-UT-Spiele Ufa

Ab heute:  
**HENNY PORTEN**  
 in dem neuesten Fünfakter-Filmdrama  
**Frauenopfer**  
 Weitere Hauptdarsteller dieses ergreifenden Werkes  
 Albert Bassermann, Wilh. Dieterle  
 E. R. Licho.  
 Ferner:  
**mit Familienanschluß**  
 Ein Filmspiel in 5 Akten mit  
**NORMA TALMADGE**  
 in der Hauptrolle und  
**Charlie Chaplin**  
 in der Groteske  
 Chaplin & Co. . . Bummel en gros  
 Vorführung 4, 6, 8 Uhr.

Sonnabend, den 18. Februar  
 im Wilhelmtheater  
**Werbefest**  
 der Freien Turnerschaft Danzig.  
 Tarnen — Moderne Akte Gr. Festball  
 Flammenschwingen  
 Anfang 7 Uhr. Eintritt 6 Mk.

Siebes erscheint:  
**PARVUS**  
 Der wirtschaftliche Rettungsweg

Auf vierzig Seiten gibt Parvus in gedrungenster Form eine erschöpfende Analyse, zugleich eine überaus billige Synthese der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. An internationalen Wirtschaftszusammenhängen zeigt er, ein Klassiker der Statistik, das unabweisbare Hereinbrechen der Weltkrise. Dann aber weist Parvus, der deutsche Keynes, den Weg zur Rettung nicht nach Deutschland, sondern nach der Welt.

Für die Parteigenossen hat der Verlag eine Organisationsausgabe zum Preise von 4 Mark hergestellt.

Zu beziehen durch:  
**Buchhandlung Volkswacht**  
 Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

**Kein Karneval**  
 ohne Scherzartikel, Konfetti, Luftschlangen, Kappen, Neckwedel, Masken usw.  
 Beste Bezugsquelle  
**Stuller's Scherzartikelhaus**  
 Danzig, Meisergasse 11-13.  
 Einziges Spezialgeschäft d. Ostens

**Möbel aller Art**  
 zeitgemäß billig noch bei  
**Dag. David Nachf.**  
 Altstadt. Graben 11

**Wilhelm-Theater**  
 vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Freitag, den 17. Februar, abends 7 Uhr  
 Kassenöffnung 6 Uhr  
**„Der Vogelhändler“**  
 Operette in 3 Akten von Karl Zeller.  
 Sonntag, den 19. Februar:  
**„Der Vogelhändler“**

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freyman, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. 16947

**„Libelle“**  
 Täglich: Musik, Gesang, Tanz

**In teurer Zeit billige Bekleidung!**

Ich offeriere Ihnen:  
 Moderne Herrenanzüge, Cutaways, Raglans und gestreifte Hosen zu tatsächlich nachweisbaren überaus günstigen Preisen.

Es handelt sich durchweg um gute Waren deutscher Herkunft.

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß meine Konfektion nicht mit der üblichen Massenkonfektion zu vergleichen ist, die marktschreierisch angeboten wird, sondern daß alles eigene Herstellung ist unter Fortfall jedes Zwischenverdienstes.

**Herrenstoffe, gestr. Hosenstoffe, Herrenhüte**  
 in reicher Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Maßanfertigung unter Garantie für tadellosen Sitz wird schnellstens zu noch sehr günstigen Preisen ausgeführt.

**Bekleidungshaus Rekord**  
 nur 9 Kettelhagergasse 9 nur

Stroh-Panama-Velour-Pilz-**Hüte**  
 für Damen und Herren  
 werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit  
**umgepreßt,**  
 gewaschen und gefärbt.  
**Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß**  
 Annahmestelle  
 nur Lawendelgasse Nr. 6-7.  
 (gegenüber der Markthalle). 6112

**Geschlechtsleiden**  
 und ihre Behandlung durch unschädliche lang-erprobte **Kräuterkuren ohne Einspritzung** und ohne Berufsstörung bei frischen und veralteten Leiden. Ausführliche Broschüre mit Anweisung zur Selbstbehandlung und vielen Dankschr. versendet diskret gegen Mk. 5.—  
 Dr. C. K. Raueliser, med. Verlag, Hannover, Odeonstr. 3 (2)

**Ueber proletarische Ethik**  
 Das proletarische Schaffen vom Standpunkt der realistischen Philosophie.  
 Preis Mark 3.—  
**Buchhandlung „Volkswacht“**  
 Spandhaus Nr. 6, Paradiesgasse Nr. 32.

**Metropol-**  
 Lichtspiele  
 Dominikswall 12.  
 Endlich eingetroffen!  
**Das Mädchen aus dem Sumpf!**  
 Detektiv-Drama in 6 Akten mit Bruno Eichgrün als „Nic Carter“.

**Millionenschieber!**  
 Sensations-Abenteuer in 6 Akten mit Sascha Gura, Mabel May, Yong, Harry Hardt und Adalbert v. Schleitow.  
 Ein Programm für alle Kreise!

Inhalt, Spiel und Ausstattung sind nicht zu übertreffen! — Scene für Scene neue Überraschungen! — Keine Minute ohne Spannung! 6133

**Bestgewählte gediegene Musik!**  
 4 - 6 - 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

**Sämtl. Drucksachen**  
 in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen  
**Buchdruckerei J. Gehl & Co.,**  
 Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

**Zeitungsträgerinnen**  
 stellt ein  
**Expedition Danziger Volksstimme**  
 Am Spandhaus 6.

**Volkspflege**  
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Alttingesellschaft  
 — Sterbekasse. —  
 kein Polleckenfall.  
 Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.  
 Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
 Rechnungsstelle 16 Danzig  
 Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

**Ein Sak Betten**  
 zu verkaufen. Kruse, Bastion Ausprung 1. 6112

**Brunnenbauer (Bohrmeister)**  
 stellt ein  
 Wilhelm Studt, Elbing.